



Institut
**Solidarische
Moderne**

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

Die ungelöste Eurokrise

*Zwischenfazit und Ausblick anlässlich der
Europawahl*

Cansel Kiziltepe, Lisa Paus, Axel Troost

01. Juni 2014

16

ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Denkanstoß des Instituts Solidarische Moderne (ISM) ziehen die AutorInnen eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren Eurokrise. Sie führen dem deutschen Publikum vor Augen, welche enormen Opfer die Austeritätspolitik den Menschen in den Krisenstaaten bisher abverlangt hat. Damit zeigen sie, dass die andauernde Austeritätspolitik die reale Gefahr birgt, Europa in eine deflationäre Abwärtsspirale zu lenken. An Hand der Privatisierungspolitik in Griechenland wird exemplarisch aufgezeigt, dass die Politik der Troika bisher die Chance verpasst, die Wirtschaft der Krisenstaaten (wie Europas überhaupt) auf den langfristig unumgänglichen Pfad der sozial-ökologischen Transformation zu lenken.

Das Ergebnis der Europawahl markiert den Übergang in eine neue Phase der Eurokrise. Sie begann als Krise auf den Finanzmärkten und entwickelte sich zur Krise der Realwirtschaft. Spätestens jetzt, mit dem Erstarren der Rechtspopulisten und Rechtsextremen im Europaparlament, wird auch die politische Krise Europas verstärkt sichtbar.

DIE AUTORINNEN

Cansel Kiziltepe, Diplom-Volkswirtin, ist seit 2013 SPD-Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss. Zuvor war sie als Referentin im Stab des Arbeitsdirektors der Volkswagen AG zuständig für volkswirtschaftliche Analysen. Zudem hat sie mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin und persönliche Referentin des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner gearbeitet.

Lisa Paus ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Diplom-Volkswirtin. Als Sprecherin für Steuerpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist sie Mitglied und Obfrau im Finanzausschuss, sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Bauen und stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Von 1999 bis 2009 war sie Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Dr. Axel Troost ist als Volkswirt seit 1981 Geschäftsführer der parteiunabhängigen „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandumgruppe). 2004 über die WASG zur Parteipolitik gekommen, ist er seit 2005 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und seit 2012 stellvertretender Parteivorsitzender. Er ist Vorstandsmitglied des ISM.

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: publikation@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne e.V., 2010 mit Sitz in Berlin gegründet, ist Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft erarbeitet das ISM mit seinen 1.500 Mitgliedern Entwürfe zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen einer demokratischen Gesellschaftsreform. Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption.

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de

Inhaltsverzeichnis

Inhalt.....	4
Einleitung.....	5
Konkrete Schicksale statt abstrakter Zahlen	7
Griechenland: Gesundung durch Sparpolitik?	7
Spanien: Typisch südeuropäisch?	9
Deflation als Folge der Austeritätspolitik	11
Eurokrise ist keine Staatsschuldenkrise: Troika behandelt die falsche Ursache.....	11
Troika-Politik bereitet Nährboden für Deflation: Wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone	12
EZB-Sorge vor Deflation muss auch in Deutschland ernstgenommen werden	15
Teufelskreis Deflation.....	16
Kahlschlag in den Sozialsystemen: Troika verstärkt Deflationsgefahren.....	17
Privatisierungspolitik der Troika: Blockade des sozial-ökologischen Wandels unter dem Deckmantel von Strukturreformen.....	19
Privatisierungspolitik am Beispiel Griechenland	19
Troika-Politik in Deutschland? Kaum vorstellbar.....	21
Privatisierungen schränken Handlungsspielraum beim Umbau der Energiesysteme ein	21
Chancen nutzen, Krisen zusammen denken.....	23
Das unzureichende Verständnis der Eurokrise in Deutschland.....	24
Kritischer Wirtschaftsjournalismus?.....	24
Bezahlt Deutschland für die Krise?.....	25
Die Rechte profitiert von der Krisenpolitik.....	27
EuropäerInnen dürfen rechte Rhetorik nicht salonfähig machen	27
DemokratInnen müssen Politik machen.....	28
Die Angst-Fixierung der Rechten	31
Schlussfolgerungen	32

EINLEITUNG

Portugal, Irland und Spanien lassen die Rettungsschirme der Troika über sich zuklappen und trauen sich wieder ohne Schutz an die Kapitalmärkte. Lässt man die Zinszahlungen außen vor, dann erwirtschaftet der griechische Staatshaushalt einen Überschuss, die Regierung in Athen gilt am Kapitalmarkt wieder als kreditwürdig und kann sich selbstständig mit frischem Geld versorgen. Ist die Talsohle in der Eurokrise damit durchschritten, geht es von nun an aufwärts?

Die Autoren zweifeln an dieser in Deutschland weit verbreiteten Lesart. Denn auch wenn es sich hierzulande so gar nicht danach anfühlt: Ökonomisch befindet sich Europa als Ganzes noch immer in großen Turbulenzen. Die Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten ist weiterhin auf einem Rekordhoch. Die Euro-Zentralbanker weisen deutlich auf die Gefahren einer noch Jahre andauernden wirtschaftsschwachen Deflationsphase hin, doch in der deutschen Wahrnehmung ist dieses Problem nicht angekommen.¹

In der Hektik der Krise haben die Euroretter um die Troika ihren ökonomischen Fokus gefährlich eingeengt. Drängende globale Probleme wie der Klimawandel oder die sozialen Verwerfungen in den Krisenländern werden in Nebendiskurse abgedrängt. Stattdessen wird den Krisenstaaten in einer Art Übersprunghandlung eine wirtschaftspolitische Medizin verordnet, deren Rezeptur aus den 1980er Jahren stammt.

Das Ergebnis der Europawahl markiert den Übergang in eine neue Phase der Eurokrise. Sie begann als Krise auf den Finanzmärkten und entwickelte sich zur Krise der Realwirtschaft. Spätestens jetzt, mit dem Erstarken der Rechtspopulisten und Rechtsextremen im Europaparlament, wird auch die politische Krise Europas verstärkt sichtbar.

Auf den folgenden Seiten ziehen die Autoren eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren Eurokrise. Sie führen dem deutschen Publikum vor Augen, welche enormen Opfer die Austeritätspolitik den Menschen in den Krisenstaaten bisher abverlangt hat. Damit zeigen sie, dass die andauernde Austeritätspolitik die reale Gefahr birgt, Europa in eine deflationäre Abwärtsspirale zu lenken. Am Beispiel der Privatisierungspolitik in Griechenland wird exemplarisch aufgezeigt, dass die Politik der Troika bisher die Chance verpasst, die Wirtschaft der Krisenstaaten (wie Europas überhaupt) auf den langfristig unumgänglichen Pfad der sozial-ökologischen Transformation zu lenken.

¹ EZB will handeln – falls nötig, Tagesspiegel vom 26.5.2014, <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/geldpolitik-und-deflation-ezb-will-handeln-falls-noetig/9951434.html>

Das Ergebnis der Europawahl wirft für alle Proeuropäer Fragen auf. Die europäischen Konservativen, geführt von der deutschen Kanzlerin Merkel, stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer kommunikativen und wirtschaftspolitischen Strategie. Nicht nur in den Krisenländern, sondern auch in den wirtschaftlich prosperierenden Mitgliedsstaaten hat die Politik der vergangenen fünf Jahre dazu geführt, dass antieuropäische Kräfte im Aufwind sind. Die europäische Linke aus Sozialdemokraten, Grünen und Linken muss sich ebenfalls fragen, warum sie trotz ihrer anhaltenden Kritik an der Austeritätspolitik und den angebotenen Gegenentwürfen keine eigene Mehrheit im Europäischen Parlament erreichen konnte.

Im letzten Teil dieses Textes widmen sich die Autoren diesen Fragen. Sie arbeiten heraus, wer die neuen Rechten im EU-Parlament sind und was zu ihrem Erfolg geführt hat. Das Verhältnis zwischen proeuropäischen Konservativen und rechten Euroskeptikern wird ebenso beleuchtet wie der öffentliche Diskurs über die Eurokrise und deren – oft unzureichendes – Verständnis in Deutschland.

KONKRETE SCHICKSALE STATT ABSTRAKTER ZAHLEN

Das in Deutschland vorhandene Bild der Eurokrise ist unzureichend. Es ist geprägt von Wahrnehmungen, die nur selten den Blick über den nationalen Horizont hinaus wagen. Einseitige Schuldzuweisungen gegenüber den Ländern in Südeuropa bestimmen auch heute noch die mediale Berichterstattung. Die Diskussionen um mögliche Lösungen und Wege aus der Krise kreisen um die europäischen Institutionen. Die im Zusammenhang mit der Krise entstehenden sozialen Probleme werden hingegen kaum thematisiert. Auch wenn die makroökonomischen Größen Zeugnis von der wirtschaftlichen Misere in der Eurozone ablegen, so bleibt das damit einhergehende menschliche Leid dahinter verborgen. Denn die Eurokrise hat vielfältige Auswirkungen und greift tief in die gesellschaftlichen Strukturen der betroffenen Länder ein. Die vorhandenen Probleme sind jedoch vielfach nicht hausgemacht, sondern resultieren aus einer verfehlten, von außen diktierten Politik. Gegen diesen Mangel an Verständnis und Information helfen nur konkrete Beispiele, die der Krise ein Gesicht geben.

Griechenland: Gesundheit durch Sparpolitik?

Das prominenteste Land der Eurokrise ist zweifellos Griechenland. Hier zeigt sich in besonderem Maße, wie stark die von außen geforderte Sparpolitik Einfluss auf das Leben der Menschen genommen hat. Wenn man sich die Auswirkungen der Sparpolitik auf das Gesundheitssystem des Landes ansieht, kann man das politische Mantra, demzufolge Griechenland sich gesundsparen soll, nur als zynisch bezeichnen. Die massiven Sparprogramme und die von der Troika geforderte Austeritätspolitik haben fatale Folgen für die Bevölkerung.²

Griechenland ist ungewollt zu einem großen Labor geworden, das die Auswirkungen einer rigiden Sparpolitik auf die Gesundheit der Menschen sichtbar macht. So hat die Zahl der Selbstmorde in Griechenland in den Jahren 2007 bis 2012 um 45,4% zugenommen, von 328 auf 477.³ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass Griechenland bis zum Jahr 2007 eine der geringsten Suizidraten in ganz Europa hatte. Doch nicht nur die Selbstmordrate stieg in den Jahren der Krise an. Auch die Mordrate erhöhte sich zwischen 2010 und 2011 um beinahe 45%, die Kindersterblichkeit stieg von 2008 bis 2010 um 40%. Das griechische Gesundheitssystem ist mittlerweile so stark in seiner Handlungsfähigkeit

² Vgl. hierzu David Stuckler/Sanjay Basu: Griechenland als Exempel. Wie die EU-Sparpolitik ein Gesundheitssystem ruiniert, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2014, S. 59-71 sowie Richtigstellungen hierzu in Niels Kadritzke, *Die Legende vom griechischen Schummeln*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 06/2014, S. 29-31.

³ *Leben ohne Perspektiven. Selbstmordrate in Griechenland steigt rasant*, n-tv vom 9.9.2013, <http://www.n-tv.de/ticker/Selbstmordrate-in-Griechenland-steigt-rasant-article11330116.html>.

eingeschränkt, dass ausländische Hilfsorganisationen, die ursprünglich ausschließlich Flüchtlinge versorgt haben, nun großen Teilen der griechischen Bevölkerung helfen müssen.⁴

Die tödliche Austeritätspolitik zeigt sich aber nicht nur in diesen Aspekten. Der Internationale Währungsfond (IWF) forderte zudem, die Ausgaben im Bereich des öffentlichen Gesundheitssektors zu deckeln. So sollte eine willkürlich festgelegte Grenze von maximal 6% des BIP erreicht werden. Hierdurch verloren viele Menschen ihren Zugang zu Gesundheitsleistungen. Durch die radikalen Ausgabenbeschränkungen für Arzneimittel gab es in Griechenland phasenweise einen Mangel an Antibiotika und Insulin. Auch der Ausbruch von bestimmten Krankheiten wie Malaria und der West-Nil-Virus sind auf die massiven Kürzungen im Gesundheitssystem zurückzuführen.⁵

Großen Einfluss auf die Gesundheit der griechischen Bevölkerung hatten die radikalen Kürzungen öffentlich geförderter Gesundheitsprogramme. So wurden beispielsweise HIV-Schutzprogramme eingestellt. Dies ist vor dem Hintergrund der erhöhten Neuinfektionen in Griechenland besonders tragisch, denn zwischen 2010 und 2011 gab es einen signifikanten Anstieg (52%) der HIV-Neuinfektionen. Bedingt war dieser Anstieg vor allem durch Infektionen unter injizierenden DrogenkonsumentInnen. Hier zeigt sich die Auswirkung der Sparpolitik besonders deutlich in der Diskrepanz zwischen den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO und der griechischen Realität. Die WHO empfiehlt jährlich 200 sterile Nadeln für jede drogenabhängige Person. Durch die Kürzungen der Budgets waren jedoch nur ungefähr drei Nadeln pro Jahr vorgesehen. So begünstigt der um 20% erhöhte Anstieg an HeroinkonsumentInnen massiv die Ausbreitung von HIV.⁶

Der Fall Griechenland zeigt: Rezession ist schmerzhaft, Austerität kann tödlich wirken. Island liefert ein überzeugendes Gegenbeispiel, denn es lehnte in einer ähnlichen Krisensituation die Ratschläge des IWF ab und führte keine radikalen Kürzungen im Gesundheitswesen

⁴ Vgl. die Studie „Global Study on Homicide“ der UNOCD, <http://www.unodc.org/gsh/en/data.html> sowie Folgen der Sparpolitik: Säuglingssterblichkeit in Griechenland steigt um 43 Prozent, Spiegel Online vom 22.2.2014, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/studie-sparkurs-hat-verheerende-folgen-fuer-gesundheit-der-griechen-a-954879.html>.

⁵ Im Jahr 2011 lagen laut OECD die Ausgaben des Gesundheitssektors in Griechenland bei 9,1% des BIP, in Deutschland waren es 11,3%, und der Durchschnitt der OECD-Länder betrug 9,3%. Vgl. <http://www.oecd.org/els/health-systems/oecdhealthdata2013-frequentlyrequesteddata.htm> und <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/283361/umfrage/anteil-der-gesundheitsausgaben-am-bruttoinlandsprodukt-ausgewaehelter-laender/>. Müsste Deutschland die Zielgröße Griechenlands – also 6 Prozent des BIP – erreichen, entspräche das Kürzungen von ca. 160 Mrd. Euro pro Jahr im Gesundheitssektor (vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/studie-sparkurs-hat-verheerende-folgen-fuer-gesundheit-der-griechen-a-954879.html>).

⁶ Vgl. Stuckler/Basu, Griechenland als Exempel, a.a.O., S. 63-68.

durch. Dort gibt es deshalb keine erkennbaren Auswirkungen der Krise auf die Gesundheit der Bevölkerung.

Spanien: Typisch südeuropäisch?

Im Gegensatz zu Griechenland galt Spanien, ähnlich wie Irland, vor Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 als eines der europäischen Musterländer. Diese Tatsache ist heute vielfach aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Die Haushaltsverschuldung Spaniens lag 2007 deutlich unter der deutschen, und das Land erwirtschaftete einen Haushaltsüberschuss von 2% des BIP. Nicht vergessen werden sollte, dass es im Jahr 2007 noch ein Wirtschaftswachstum von 3,6% des BIP gab und die Arbeitslosenquote bei 8,5% lag.⁷

Durch das Platzen der Immobilienblase geriet die spanische Volkswirtschaft in eine enorme Schieflage. Dies lag insbesondere an der hohen Konzentration auf den privaten Immobilienmarkt. Mithilfe von insgesamt vier Konjunkturpaketen gelang es der damaligen Regierung Zapatero, die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern. Erst mit dem Einsetzen der Austeritätspolitik verschärfte sich die Krise dramatisch.

Nach dem Regierungswechsel im Herbst 2011 legte die neue Regierung Rajoy im Jahr 2012 ein 100 Milliarden Euro umfassendes Sparpaket vor. Dieses sollte 20% der gesamten zur Beilegung der Krise notwendigen Sparsumme aufbringen. Großes Einsparpotenzial wurde etwa im Bereich der Universitäten erkannt, und der ursprüngliche Plan sah vor, dass bis zu einem Drittel aller DozentInnen an den spanischen Universitäten ihre Stelle verlieren sollten. Diese Maßnahmen sind besonders vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit im Land, die sich im Jahr 2012 auf 53,2% belief, kontraproduktiv. Denn auch in Spanien gilt: Eine qualifizierte Ausbildung ist die beste Absicherung vor drohender Arbeitslosigkeit, auch und gerade in Krisensituationen.⁸

Damit wird auch am Beispiel Spaniens deutlich, wie eine verfehlte Politik eine Krise verschlimmern kann: Versuche, die Konjunktur zu stärken, wurden eingestellt; bei der Aus- und Weiterbildung wurde gespart, statt den Menschen durch Qualifizierungsmaßnahmen neue Perspektiven abseits der ehemals boomenden Bau- und Immobilienbranchen zu bieten. Das ist fatal, denn gerade das geringe wirtschaftliche Entwicklungspotenzial in Spanien ist prob-

⁷ Vgl. Emilio Ontiveros: *Eine progressive Wachstumsstrategie für Spanien*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Internationale Politikanalyse, Berlin 2013, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10259.pdf>.

⁸ Vgl. Leire Salazar/Luis Garrido Medina: *Jugendarbeitslosigkeit in Spanien: Wahrheiten und Mythen*. <http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/172132/standpunkt-leire-salazar-und-luis-garrido-medina>.

lematisch. Das Land wird sich ohne Konjunkturimpulse, auch von außen, nicht erholen. In Spanien wächst nicht nur eine Generation ohne Zukunftsperspektiven heran, vielmehr sind die aus der verfehlten Politik resultierenden Probleme generationsübergreifend. Durch das Platzen der Spekulationsblase im Immobiliensektor gerieten viele HauskäuferInnen mit ihren Raten in Rückstand, und es kam massenweise zu Zwangsräumungen. Das Angebot an Häusern zum Kauf oder zur Miete vergrößerte sich, was den Einbruch der Immobilienpreise weiter beschleunigte. In der Folge wuchs die Zahl der Obdachlosen dramatisch an, während gleichzeitig Hunderttausende Wohnungen leer standen und stehen. Die spanischen Banken brachen unter den faul gewordenen Immobilienkrediten zusammen.

Bis Mitte 2013 haben über 350 000 SpanierInnen durch Zwangsräumungen ihre Wohnungen verloren, es wird von 500 Zwangsräumungen pro Tag berichtet.⁹ In engem Zusammenhang damit ist eine sprunghafte Zunahme von Selbstmorden zu verzeichnen.¹⁰ Die verfehlte sogenannte Rettungspolitik hat nicht nur die Zukunft und Gesundheit vieler SpanierInnen aufs Spiel gesetzt, sondern etliche Menschen jeder Perspektive beraubt.

Die Auswirkungen der Austeritätspolitik beschränken sich nicht auf die beiden genannten Staaten. Auch in den anderen Krisenländern wachsen soziale Verelendung und menschliches Leid. In Italien hat sich die Armut im Zeitraum von 2010 bis 2012 von 6,9 auf 14,3% mehr als verdoppelt und betrifft inzwischen über neun Millionen ItalienerInnen. Im ersten Quartal 2013 wuchs die Selbstmordrate in Italien um 40%, in der Hälfte der Fälle wurde die prekäre wirtschaftliche Lage als Grund angegeben. Die gesamtwirtschaftliche Fragilität wie die konkrete soziale Not sind gleichrangig wichtige Gründe, die Austeritätspolitik als ökonomisch kontraproduktiv und sozial verheerend abzulehnen.

⁹ *Schulden-Falle: Spanische Kreditnehmer werden Leibeigene der Banken*, Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 16.3.2013, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/03/16/zahlen-bis-zum-tod-spanische-kreditnehmer-sind-leibeigene-der-banken/>.

¹⁰ *Pleite mit tödlichen Folgen*, Süddeutsche Zeitung vom 3.1.2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/spanien-in-der-krise-pleite-mit-toedlichen-folgen-1.1564163>

DEFLATION ALS FOLGE DER AUSTERITÄTSPOLITIK

Eurokrise ist keine Staatsschuldenkrise: Troika behandelt die falsche Ursache

Seit 2007 steckt die Welt in einer tiefen Finanzkrise. In Europa stellt sie sich seit 2010 nicht mehr „nur“ als – weiterhin schwelende – Bankenkrise, sondern als eine existenzielle Krise der Europäischen Währungsunion dar. Diese sogenannte Eurokrise wurde einerseits durch die zusätzlichen Kosten der Banken- und Wirtschaftskrise nach 2007 ausgelöst und wird daher oft als europäische Staatsschuldenkrise bezeichnet. Dabei spiegelt sie andererseits die schon seit der Gründung der Währungsunion existierenden Konstruktionsfehler des Euros wider. Dazu gehört insbesondere die mangelnde Koordination zwischen den Euro-Mitgliedsländern in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, und Arbeitsmarktpolitik, die zu einer sehr unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in den Ländern der Eurozone geführt hat. Folge dieser Ungleichentwicklungen sind massive Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz, die Deutschland zum Hauptgläubiger von stark verschuldeten südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien gemacht hat.

Trotz dieser relativ komplizierten Vorgeschichte der Eurokrise folgen die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) als sogenannte Troika den klassischen neoliberalen Vorkrisenrezepten aus dem vergangenen Jahrhundert. Sie argumentieren, die Krisenstaaten hätten aufgrund mangelnder Haushaltsdisziplin und einer zu hohen Konsumquote hohe Schulden angehäuft und gleichzeitig durch zu hohe Löhne an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Daraus folgt eine gleichermaßen simple Euro-Rettungsphilosophie: Die Staaten müssten sparen, vor allem bei den „konsumptiven Ausgaben des Staates“, also beim öffentlichen Personal und bei den öffentlichen Sozialleistungen. Dies würde gleichzeitig eine Senkung der Löhne in der privaten Wirtschaft unterstützen, wodurch die Länder endlich wieder konkurrenzfähig würden.

Auch bei der mangelnden Haushaltsdisziplin greifen Analyse und Strategie der Troika zu kurz. Griechenland hatte neben einem Ausgabenproblem vor allem ein Einnahmeproblem. Bis heute hat das Land die Vermögen wohlhabender GriechInnen nicht konsequent besteuert. Das Element (europäische) Vermögensabgabe kam in der Eurostrategie à la Merkel schlicht nicht vor.

Noch grotesker ist die Situation in Irland und Spanien, wo die Staatsschuldenquoten vor der Krise mit 24 bzw. 36% weit unter der deutschen Staatsverschuldung lagen. Es waren die durch Spekulation erwirtschafteten erdrückenden Schulden ihrer maroden Banken, die von diesen Ländern notgedrungen übernommen wurden. Dadurch wurden sie über Nacht zu

Großschuldern. Aber weder durch Kürzungen von Renten und durch die Privatisierung von Staatsbetrieben noch durch drastischen Personalabbau im öffentlichen Dienst kommt Griechenland an das dringend benötigte Geld seiner zahlungsunwilligen Steuersünder. Ebenso wenig halten Irland und Spanien ihre Banken von weiteren gefährlichen Spekulationsgeschäften auf Kosten des Gemeinwesens ab.

Troika-Politik bereitet Nährboden für Deflation: Wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone

Um die Unzufriedenheit – insbesondere im südlichen Europa – besser zu verstehen, empfiehlt sich ein Blick auf die ökonomischen und sozialen Bedingungen, mit denen die Mehrheit der Menschen dort zurechtkommen muss. In der folgenden Tabelle sind einige Wirtschafts- und Sozialindikatoren zusammengetragen.

Tabelle: Entwicklung gesamtwirtschaftlicher und sozialer Indikation seit Beginn der Finanzkrise

	Griechenland	Italien	Spanien	Portugal	Irland	Deutschland	Frankreich	Euro-Zone
Jugendarbeitslosigkeit¹¹								
2007	22,9	20,3	18,1	20,4	9,1	11,9	19,5	15,4
2009	25,8	25,4	37,7	24,8	24,0	11,2	23,6	20,2
2011	44,4	29,1	46,2	30,1	29,1	8,6	22,6	20,8
2013	58,3	40,0	55,5	37,7	26,8	7,9	24,8	24,0
Arbeitslosigkeit¹²								
2007	8,3	6,1	8,2	8,9	4,7	8,7	8,0	7,5
2009	9,5	7,8	17,9	10,6	12,0	7,8	9,1	9,5
2011	17,7	8,4	21,4	12,9	14,7	5,9	9,2	10,1
2013	27,3	12,2	26,1	16,5	13,1	5,3	10,3	12,0
BIP-Entwicklung¹³								
2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2009	96,7	93,4	97,0	97,1	91,6	95,7	96,8	95,9
2011	85,4	95,5	96,9	97,7	92,6	102,7	100,4	99,4
2013	76,3	91,5	94,1	93,3	92,4	104,2	100,7	98,2
Inflation, Verbraucherpreise¹⁴								
2007	3,0	2,0	2,8	2,4	2,9	2,3	1,6	2,1
2009	1,3	0,8	-0,2	-0,9	-1,7	0,2	0,1	0,3
2011	3,1	2,9	3,1	3,6	1,2	2,5	2,3	2,7
2013	-0,9	1,3	1,5	0,4	0,5	1,6	1,0	1,4
2014, 1. Quartal	-0,2	-0,2	-0,4	-0,3	0,5	0,2	0,5	0,1

¹¹ in Prozent, Quelle: Eurostat

¹² in Prozent, Quelle: Eurostat

¹³ 2007 = 100, Quelle: Eigene Berechnungen nach IWF

¹⁴ in Prozent, Quelle: Eurostat

Reallohnentwicklung ¹⁵								
2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
2009	105,5	101,2	106,8	104,1	100,8	99,0	100,9	
2011	91,2	100,7	102,2	100,3	97,7	100,7	102,2	
2013	81,1	98,0	99,3	97,1	96,5	101,6	101,9	
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁶								
2007	26,7	22,1	31,0	22,8	26,1	19,3	22,0	22,7
2009	18,6	18,9	23,9	20,2	15,2	16,4	19,0	18,8
2011	16,1	19,8	21,2	18,4	11,2	18,3	20,8	19,6
2013	13,0	17,1	18,2	15,5	11,5	16,7	19,4	17,7
Konsumausgaben der privaten Haushalte ¹⁷								
2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2009	107,4	99,3	95,5	99,0	86,4	103,1	101,2	99,3
2011	100,0	103,9	98,5	102,0	84,3	110,6	105,6	103,9
2012	91,9	102,6	97,7	98,0	84,3	113,0	106,8	104,6
2013		100,7	97,7	98,0		115,5	106,8	
Konsumausgaben des Staates ¹⁸								
2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2009	116,7	105,9	114,0	109,4	98,6	109,4	105,9	107,1
2011	91,7	103,9	111,6	100,0	87,8	115,1	110,3	108,9
2012	86,1	100,0	104,7	87,5	86,5	118,9	113,2	108,9
2013		100,0	104,7	93,8		122,6	114,7	110,7
Staatsverschuldung absolut ¹⁹								
2007	239,3	1605,1	382,3	115,8	47,1	1583,7	1211,6	5996,3
2009	299,7	1769,3	565,1	141,1	104,5	1770,7	1493,4	7149,1
2011	355,1	1907,6	737,4	185,2	169,2	2087,7	1724,9	8251,4
2012	303,9	1989,5	884,7	204,9	192,5	2161,0	1841,0	8619,8
2013	318,7	2069,2	960,7	213,6	202,9	2147,0	1925,3	8890,4
Staatsverschuldung/BIP ²⁰								
2007	107,4	103,3	36,3	68,4	24,9	65,2	64,2	66,2
2009	129,7	116,4	54,0	83,7	64,4	74,6	79,2	80,0
2011	170,3	120,7	70,5	108,2	104,1	80,0	86,2	87,4
2012	157,2	127,0	86,0	124,1	117,4	81,0	90,6	90,7
2013	175,1	132,6	93,9	129,0	123,7	78,4	93,5	92,6
	Griechenland	Italien	Spanien	Portugal	Irland	Deutschland	Frankreich	Euro-Zone

¹⁵ 2007 = 100, Quelle: Eigene Berechnungen nach WSI, Europäische Tarifberichte 2009-2013

¹⁶ In Prozent des BIP, Quelle: IWF

¹⁷ 2007=100, nicht inflationsbereinigt, Quelle: Eigene Berechnung nach Eurostat

¹⁸ 2007=100, nicht inflationsbereinigt, Quelle: Eigene Berechnung nach Eurostat

¹⁹ in Mrd. Euro, Quelle: Eurostat

²⁰ In Prozent des BIP, Quelle: Eurostat

Diese Zahlen lassen sicherlich im Detail unterschiedliche Schlussfolgerungen zu, aber es ergeben sich doch einige eindeutige grundsätzliche Aussagen: Deutschland hat als einziges der genannten Länder im Vergleich zum Vorkrisenniveau ein bescheidenes Wirtschaftswachstum erreicht (0,7% im Zeitraum zwischen 2007 und 2013), Frankreich hat seinen Stand nach Einbußen gehalten, während Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien seit Krisenbeginn zwischen 6 und 24% ihrer Wirtschaftsleistung verloren haben. Auch das BIP der Eurozone ist per Saldo seit 2007 geschrumpft.

Die Arbeitslosigkeit ist in allen genannten Ländern außer in Deutschland gestiegen. In Griechenland und Spanien hat sie sich mehr als verdreifacht, in Italien und Irland mindestens verdoppelt, im Durchschnitt der Eurozone ist sie um 60% gestiegen. Besonders hart trifft sie die Jugendlichen unter 25 Jahren. In Griechenland und Spanien gibt es mehr arbeitssuchende Jugendliche als solche mit Arbeit, in Frankreich, Italien, Portugal, Irland und im Durchschnitt der Eurozone ist mindestens ein Viertel der Jugendlichen ohne Arbeit.

Die Arbeitnehmerschaft konnte in Deutschland und Frankreich in den vergangenen sieben Jahren ihre Reallöhne halten, Zuwächse blieben aus. In Griechenland sind die Löhne um 19% gefallen, in den anderen Krisenländern liegt der prozentuale Verlust „nur“ im einstelligen Bereich.

In Griechenland und Irland sind die Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP auf weniger als die Hälfte zusammengeschrumpft. Dabei muss man berücksichtigen, dass gleichzeitig das BIP dieser Länder deutlich geschrumpft ist, sodass die Investitionstätigkeit – in Euro gerechnet – noch stärker eingebrochen ist. In Frankreich und im Durchschnitt der Eurozone sind die Bruttoanlageinvestitionen um mehr als 20% zurückgegangen, in Portugal um mehr als 30% und in Spanien um mehr als 40%.

Auch in Deutschland gab es einen deutlichen Rückgang der Investitionen, nämlich um 13%. Zwar können Anlageinvestitionen im Einzelfall, wie bei den Immobilienblasen Spaniens und Irlands, in wenig produktiven Bereichen verpuffen, aber ohne Anlageinvestitionen hat ein Land nach kurzer Zeit keine produktiven Kapazitäten mehr. Die öffentliche Infrastruktur in Deutschland wird seit langem vernachlässigt, denn seit über zehn Jahren sind die Investitionen in Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude jährlich kleiner, als deren Wertverlust beträgt. Wir haben in Deutschland also eine negative staatliche Investitionsquote.

Die Ausgaben („der Konsum“) der privaten Haushalte und der Staaten sind seit 2007 nur in Deutschland und Frankreich etwas schneller als die Inflation gewachsen. In Griechenland ist von 2007 bis 2012 der private nominale Konsum um 8% und der nominale Konsum des Staates um 14% zurückgegangen. In Irland betragen sowohl der private als auch der öffentli-

che Konsumrückgang im gleichen Zeitraum jeweils ca. 15%. In Wirklichkeit sind die Ausgabenrückgänge sogar noch deutlich größer, denn um real nicht zu sinken, müssen die privaten und öffentlichen Ausgaben nominal mindestens im Umfang der Inflation wachsen. Im Durchschnitt der Eurozone sind die Ausgaben der privaten Haushalte real gesunken, die staatlichen Ausgaben hingegen geringfügig gestiegen. Rechnet man beides zusammen, dann ergibt sich ein deutlicher Ausgabenrückgang, weil der Konsum der privaten Haushalte etwa zweieinhalb Mal so hoch wie der der Staaten ist. Ferner ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der Staatsausgaben in die Rettung der Banken geflossen und daher kaum nachfragewirksam geworden ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die drei zentralen Bestandteile des BIP, also sowohl die Investitionen wie auch die Konsumausgaben des Staates und der privaten Haushalte, in der Summe rückläufig sind. In Kombination mit fallenden Reallöhnen ist dies ein sehr gefährlicher Nährboden für fallende Preise – das bedeutet Deflation. In allen vier südlichen Krisenländern – Griechenland, Portugal, Spanien und Italien – sind die Preise im ersten Quartal dieses Jahres gefallen, im Durchschnitt der Eurozone gerade mal um 0,1% gestiegen.

Trotz der drastischen Sparmaßnahmen zeichnet sich kein Rückgang der Staatsverschuldung in der Eurozone ab. In den Krisenländern stieg die Staatsschuldenquote (Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP) noch stärker als die absolute Staatsverschuldung (in Mrd. Euro), weil ihr BIP gesunken ist. Spanien und Irland hatten zu Krisenbeginn deutlich niedrigere Schuldenquoten als Deutschland, während Frankreich und Portugal 2007 etwa auf deutschem Verschuldungsniveau lagen. Der kurzzeitige Rückgang der griechischen Staatsschulden 2012 in Folge des Schuldenschnitts wurde durch neue Schulden bereits wieder überkompensiert. Nur in Deutschland ist die Schuldenquote im Jahr 2013 gefallen, weil bei praktisch gleichbleibender absoluter Schuldenhöhe das BIP zugenommen hat.

Dass die Preise durch einen staatlichen Nachfrageimpuls anziehen könnten, ist vor dem Hintergrund des Fiskalpakts illusorisch. Im Gegenteil: Würde der Fiskalpakt sofort in Kraft treten, müssten die 25 EU-Staaten jährliche Konsolidierungen der öffentlichen Haushalte in einer Größenordnung von 200 Mrd. Euro zusätzlich vornehmen.

EZB-Sorge vor Deflation muss auch in Deutschland ernst genommen werden

Angesichts solcher Zahlen erscheint die Sorge vieler Ökonomen – wenngleich nur weniger Ökonomen aus Deutschland – vor einer deflationären Entwicklung mehr als gerechtfertigt. EZB-Chef Mario Draghi hat bereits mehrfach betont, dass man der Deflationsgefahr ent-

geschlossen entgegentreten müsse und die EZB ihrerseits zu handeln bereit sei. Allerdings kommt die EZB mit dem klassischen geldpolitischen Mittel – nämlich einer Senkung des Leitzinses – nicht sonderlich weit. Draghi hat daher bereits einige „unkonventionelle Maßnahmen“ ins Spiel gebracht, unter anderem negative Zinsen auf Einlagen der Banken bei der Zentralbank („Einlagenfazilität“) und ein weiteres Programm zum Aufkauf von Wertpapieren inklusive Staatsanleihen.²¹

Teufelskreis Deflation

Eine anhaltende Austeritätspolitik hat neben den sozialen Härten und der Tatsache, dass sie die Ursachen der Krise nicht beseitigt, noch eine dritte, sehr gefährliche Konsequenz: Sie beschreitet unvermeidlich einen Pfad in Richtung Deflation. Die Senkung von Löhnen und Renten führt unweigerlich zu einer Senkung des Preisniveaus, weil die VerbraucherInnen immer weniger für Güter und Dienstleistungen zu bezahlen in der Lage sind und die gesunkenen Löhne den Unternehmen Spielräume gewähren, um auf die schwindende Nachfrage mit Preissenkungen zu reagieren. Kurzfristig und einmalig sind gesunkene Preise nicht sonderlich problematisch. Meistens bleibt es aber nicht dabei. Angesichts gesunkener Preise stellt sich bei den VerbraucherInnen die Hoffnung ein, die Preise könnten eventuell noch weiter fallen. Anschaffungen werden in die Zukunft verschoben, weil sie dann noch billiger werden – die Nachfrage bricht drastisch ein. Das führt zur Deflation, denn gleichzeitig revidieren die Unternehmen ihre Absatzchancen nach unten - mit der Folge, dass statt Ausweitung eine Drosselung der Produktion stattfindet. Die Unternehmen schränken entsprechend ihre Investitionen ein und entlassen einen Teil der Belegschaften. Die steigende Arbeitslosigkeit senkt die Nachfrage noch weiter ab, der Teufelskreis schließt sich.

Je stärker ein einzelnes Land durch Importe und Exporte mit dem Rest der Welt verbunden ist, desto größer ist die Chance, dass gesunkene Preise nicht in eine längerfristige Deflation führen, denn dann ist nur die inländische Nachfrage vom Teufelskreis der Konsumzurückhaltung betroffen. Im Normalfall wird ein derart krisengeschütteltes Land seine Währung abwerten, sodass die deflationsbedingt sinkende Binnennachfrage durch eine steigende Nachfrage des Auslands teilweise kompensiert wird. Steigende Importpreise sorgen gleichzeitig dafür, dass die Erwartungen hinsichtlich sinkender Preise gebremst oder sogar gestoppt werden.

Das Anpassungsinstrument namens Wechselkurs haben die Euro-Krisenländer aber nicht mehr. Sie sehen sich vielmehr – und das ist doppelt hart – einer Situation gegenüber, in der

²¹ Draghi will Deflation notfalls mit drastischen Mitteln bekämpfen, Süddeutsche Zeitung vom 3.4.2014, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-strategie-draghi-will-deflation-notfalls-mit-drastischen-mitteln-bekaempfen-1.1929163>.

nicht nur ihre inländische Nachfrage zurückgeht, sondern durch eine europaweit uniforme Strategie der Austerität und durch die Folgen des Fiskalpaktes (Europäische Schuldenbremse) auch ihre Euro-Nachbarn mit ähnlichen Nachfragerückgängen zu kämpfen haben. Diese Umstände verstärken die pessimistischen Aussichten der Länder und treiben gegenseitig die Deflationserwartungen an. Dazu sind auch aus dem Rest der Welt keine signifikanten Nachfrageimpulse zu erwarten, die der Gefahr einer Deflation entgegenwirken. Das Wachstum in Asien geht zurück, und auch die USA fahren eine zurückhaltende Geld- und Fiskalpolitik.

Leider verhält sich Deutschland wie ein Elefant im europäischen Porzellanladen und nimmt von dieser Entwicklung in den Euro-Krisenländern wenig Notiz. Stattdessen hält man hierzulande – beflügelt durch eine erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen – die Eurokrise für weitgehend ausgestanden und kann die verhaltene Stimmung im Süden Europas nicht so recht nachvollziehen.

Kahlschlag in den Sozialsystemen: Troika verstärkt Deflationsgefahren

Von der Austeritätspolitik der Troika geht auch deshalb eine besondere Deflationsgefahr aus, weil sie wichtige gesamtwirtschaftliche Funktionen der nationalen Sozialsysteme aushebelt: die sogenannten automatischen Stabilisatoren. Um den wirtschaftlichen Ausfall der Konsumnachfrage bei steigender Arbeitslosigkeit abzufedern, spielen Lohnersatz- und Sozialleistungen eine gesamtwirtschaftlich sehr wichtige Rolle, denn sie gleichen das schockartige Wegbrechen von Erwerbseinkommen wenigstens teilweise aus. Das dient nicht nur der humanitären Abfederung für die einzelnen Arbeitslosen, sondern bewahrt die Gesamtwirtschaft vor einem noch viel stärkeren und längerfristigen Abrutschen in die Rezession.

Dass die Kürzung öffentlicher Ausgaben die wirtschaftliche Talfahrt in den Krisenländern stark beschleunigt hat, wurde inzwischen vom IWF öffentlich eingeräumt. Den Austeritätsprogrammen der Troika lag die Annahme zugrunde, dass jede Verringerung der Staatsausgaben um einen Euro durchschnittlich zu einem Rückgang des Sozialprodukts von 50 Cent führen würde („fiskalischer Multiplikator“). Beim Vergleich mit der realen Entwicklung ist dem IWF aber spätestens Ende 2012 aufgefallen, dass dieser Rückgang eher zwischen 90 Cent und 1,70 Euro liegt.²²

Trotz dieses offenen Eingeständnisses des IWF geht die Troika sogar noch einen Schritt weiter: Nicht nur die automatischen Stabilisatoren als quasi staatliches Korrektiv werden auf Druck der Troika zurückgedrängt oder außer Kraft gesetzt, auch die Tarifautonomie als nicht-

²² *Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers, IMF Working Paper von Olivier Blanchard and Danie Leigh, Januar 2013.*

staatlicher Verhandlungsraum zum Umgang mit wirtschaftlichen Krisen wird als Korrektiv in erheblichem Umfang suspendiert. So setzte die Troika zum Beispiel durch, dass von den Krisenstaaten der Mindestlohn gesenkt, Gehälter und Urlaubsansprüche im Öffentlichen Dienst reduziert, der Bezug von Arbeitslosengeld in der Höhe und in der Dauer gekürzt, Kündigungsvorschriften abgesehen und Beschränkungen für die Geltung von Tarifverträgen erlassen werden mussten.²³ Diese Maßnahmen greifen weit in die Tarifautonomie ein und hindern die Tarifvertragsparteien daran, möglicherweise geeignetere und gesamtwirtschaftlich bessere Vereinbarungen zu treffen. Gerade wenn Unternehmen in den Vorkrisenjahren sehr profitabel waren und erfolgreich Rücklagen gebildet haben, ist es ein gesamtwirtschaftlich wünschenswertes Ergebnis, wenn die Gewerkschaften das Lohnniveau verteidigen. Werden die Gewerkschaften auf Druck der Troika durch staatliche Interventionen daran gehindert, ihre Interessen zu vertreten, so wirkt dies krisenverschärfend und für die Gesamtwirtschaft negativ. So hat die Troika beispielsweise im Abkommen mit Griechenland konkret festgelegt, dass der griechische Staat das Tarifsystem so reformieren muss, dass Überstunden schlechter bezahlt werden und die Arbeitszeit flexibler gestaltet werden kann.

Diese und andere Eingriffe in die Tarifautonomie bewertet Andreas Fischer-Lescano vom Zentrum für europäische Rechtspolitik in einem Rechtsgutachten daher als rechtswidrig, weil sie der Europäischen Grundrechtecharta und der Europäischen Menschenrechtskonvention, die nach dem EU-Vertrag rechtlich bindend sind, nicht entsprechen.²⁴

Zusammenfassend muss man die Austeritätspolitik als ökonomisch gescheitert ansehen, weil sie einerseits für bestehende Missstände die falsche Medizin verordnet und gleichzeitig die Selbstheilungskräfte der Sozialsysteme und der Tarifautonomie beeinträchtigt. In der heutigen Krisensituation mit ohnehin schon historisch niedrigen Leitzinsen sind die konventionellen Instrumente der Geldpolitik nur noch begrenzt wirksam, um einer Deflation mit einem zusätzlichen Angebot an Zentralbankgeld entgegenzutreten.

²³ Siehe Andreas Fischer-Lescano: *Austeritätspolitik und Menschenrechte. Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding. Rechtsgutachten im Auftrag der Kammer für Arbeiter/innen und Angestellte für Wien in Kooperation mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut*, S. 24.

²⁴ *Ebd.*

PRIVATISIERUNGSPOLITIK DER TROIKA: BLOCKADE DES SOZIAL- ÖKOLOGISCHEN WANDELS UNTER DEM DECKMANTEL VON STRUKTUREN- FORMEN

Die Troika verlangt von allen Schuldnerstaaten unter dem Schlagwort „notwendige Struktur-
reformen“, dass sie staatseigene Unternehmen an private Investoren verkaufen. Dabei singt
die Troika weiter den 80er-Jahre-Hit der Neoliberalen, dem zufolge ein kleiner staatlicher
Sektor und privatisierte öffentliche Dienstleistungen die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes
erhöhen. Dafür gibt es jedoch keinen empirischen Beweis. Denn tatsächlich gibt es Länder
mit einem großen Staatssektor und einem hohen Wirtschaftswachstum und Länder mit ein-
nem kleinen Staatssektor und einem geringen Wirtschaftswachstum.²⁵

Unstrittig ist jedoch, dass Herausforderungen wie der Klimawandel, die demografische Ent-
wicklung und aufstrebende konkurrierende Volkswirtschaften wie in China oder Brasilien in
jedem einzelnen europäischen Land einen gesellschaftlichen Wandel auslösen müssen, um
den Wohlstand in Europa zu sichern. Schaut man sich unter diesem Blickwinkel die Privati-
sierungen in Griechenland, Spanien, Portugal oder Irland genauer an, so zeigt sich, dass sie,
statt Strukturreformen zu begünstigen, einen sozial-ökologischen Umbau eher blockieren.
Privatisierungen von Wasserwerken, Energieversorgern und öffentlichem Verkehr zeigen:
Hier wird den Staaten die Möglichkeit genommen, einen Strukturwandel zu gestalten, der die
wirklichen Herausforderungen der Zukunft in Angriff nimmt.

Zu befürchten ist, dass die Folgen der Privatisierungen vor allem Menschen mit niedrigen
Einkommen treffen werden, etwa im Fall der öffentlichen Wasserversorger, die in Portugal,
Griechenland und Irland auf Druck der Troika in private Hände übergehen sollen. Regionale
Wasserversorger haben vor Ort immer ein natürliches Monopol. Zahlreiche Beispiele von
Berlin bis London belegen, dass Wasserprivatisierungen in der Regel mit Preiserhöhungen
und Qualitätseinbußen einhergehen.

Privatisierungspolitik am Beispiel Griechenland

Die Website des Hellenic Republic Asset Development Fund, der die Privatisierung etlicher
Staatsbetriebe abwickelt, wirkt wie ein schicker Onlineshop für Großinvestoren.²⁶ Im Angebot
ist die staatliche Infrastruktur, von Flughäfen und Seehäfen über den Schienenverkehr und
die Autobahnen bis hin zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gas, Strom, Post und Teilen der

²⁵ Klaus Busch/Christoph Hermann/Karl Hinrichs/Thorsten Schulten: *Eurokrise, Austeritätspolitik und das
Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht*,
Friedrich Ebert Stiftung, November 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf>.

²⁶ *Griechische Staatsbetriebe zum Schleuderpreis*, DIE ZEIT vom 7.7.2012,
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-07/privatisierungen-griechenland/komplettansicht>.

Wasserversorgung. Auch zahlreiche Grundstücke und Gebäude sowie Lizenzen für Mobilfunk und die populären Pferdewetten stehen zum Verkauf.

50 Mrd. Euro Privatisierungserlöse in fünf Jahren – eine Summe, die 22% des Bruttoinlandsproduktes entspricht – verlangte die Troika von Griechenland im Mai 2010, als sie die ersten 110 Milliarden Euro Hilfskredite zusagte, um das Land vor dem wirtschaftlichen Kollaps zu bewahren. Schnell wurde deutlich, dass die Troika mit dieser markigen Zahl eher die Bevölkerung der Geberländer beeindrucken wollte und selbst nicht daran glaubte, dieses Ziel erreichen zu können. Die Regierung in Athen hat die Zielmarke bereits zweimal nach unten korrigiert. Im zweiten Anpassungsprogramm für Griechenland werden bis Ende 2014 Einnahmen in Höhe von 6,7 Mrd. Euro erwartet, bis zum Jahr 2020 aber immerhin noch Verkäufe in Höhe von 24,2 Mrd. Euro. In trockenen Tüchern waren bis Ende 2012 jedoch nur Erlöse im Umfang von 1,6 Mrd. Euro. Für das Jahr 2013 liegen noch keine endgültigen Zahlen vor, nach bisherigen Erkenntnissen wurden aber lediglich Einnahmen in Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro erzielt.²⁷

So wurde denn auch der Plan der Troika vereitelt, auf dem Höhepunkt der griechischen Krise Staatseigentum zu verscherbeln. Denn zu einem Zeitpunkt, zu dem noch nicht einmal klar war, dass Griechenland in der Eurozone verbleiben wird, konnte kein Investor seriös kalkulieren, ob sich ein Einstieg in die griechische Infrastruktur lohnt.

Die bisher größte Einzelprivatisierung betrifft den Wettanbieter OPAP. Die Gewinne aus diesem profitablen Unternehmen fließen künftig nicht mehr in die griechische Staatskasse, sondern an den tschechischen Investor Jiri Smejck und den griechischen Geschäftsmann Giorgos Melissanidis.²⁸ In den Augen der Troika ein Erfolgsfall, schließlich mindert der Verkauf die griechischen Staatsschulden. Doch langfristig verliert der griechische Staat ein wichtiges Instrument der Kontrolle über den Glücksspielkonsum. Die zukünftige Regulierung, etwa zur Suchtprävention, wird schwerer. Und die soliden Gewinne, die das Unternehmen mit den Wetten der GriechInnen macht, fließen künftig nicht mehr in die Staatskasse, sondern gehen an Privatpersonen.

²⁷ *Privatisierungen und steuerpolitische Maßnahmen in Europa. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestags-Drucksache 18/449 vom 21.4.2014.*

²⁸ *Griechenland verkauft seinen Wettanbieter, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.9.2012, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/wege-aus-der-schuldenkrise-griechenland-verkauft-seinen-wettanbieter-11905792.html>.*

Troika-Politik in Deutschland? Kaum vorstellbar.

Die deutsche Presselandschaft nimmt die schleppenden Privatisierungen überwiegend enttäuscht zur Kenntnis. „Athen klebt am Tafelsilber“²⁹ lautet eine Schlagzeile in der Welt, und Alexander Hagelüken kommentierte im Mai 2011 in der Süddeutschen Zeitung: „Viel zu wenig passiert ist auch bei der Privatisierung. Griechenland ist nicht arm, das Vermögen des Staates wird auf 300 Milliarden Euro geschätzt, nur unwesentlich geringer als die Verbindlichkeiten. Europa darf erwarten, dass Athen in großem Stil Immobilien verkauft und die meisten Staatsbetriebe.“

Ob der Autor auch von der Bundesregierung fordert, die deutschen Staatsschulden zu tilgen, indem sie das öffentliche Vermögen veräußert? Schließlich entspricht doch die Summe der öffentlichen Schulden auch bei uns recht genau dem Wert der staatlichen Vermögensbestände.³⁰ Es ist schwer vorstellbar, dass es die deutsche Öffentlichkeit akzeptieren würde, wenn die Regierung das deutsche Schienennetz an einen chinesischen Staatsfonds verkaufen würde, um die Staatsschulden zu tilgen, wie es in Griechenland passieren könnte.³¹ Oder chinesische Privatpersonen für den Kauf von öffentlichen Gebäuden mit „goldenen Visa“ belohnen würde, die fünf Jahre Reisefreiheit im Schengen-Raum ermöglichen. Eine Praxis, die nicht nur in Griechenland, sondern auch in Portugal, Spanien und Zypern unter Aufsicht der Troika Einzug gehalten hat.³²

Privatisierungen schränken Handlungsspielraum beim Umbau der Energiesysteme ein

Während die Troika in Griechenland große Teile der Strom- und Gasversorger sowie der Netze privatisiert, gibt es in Deutschland eine völlig gegenläufige Bewegung: Die Rekommunalisierung der Netze ist das Stichwort. In Berlin und Hamburg gab es starke Bürgerinitiativen, die Volksentscheide für den Rückkauf der kommunalen Stromnetze initiiert haben. Und auch in vielen weiteren Kommunen gibt es Bestrebungen, die Leitungsnetze wieder von öffentlichen Unternehmen betreiben zu lassen. Zu Recht wird gefragt, warum die staatlich garantierte Rendite, die von den StromverbraucherInnen aufgebracht wird, die Gewinne von Strom-

²⁹ *Die Welt*, 19.05.2011.

³⁰ Stefan Bach: *Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum*, DIW-Wochenbericht 50/2010, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.364649.de/10-50-1.pdf.

³¹ *Chinesen auf Schnäppchenjagd in Griechenland*, Manager-Magazin vom 16.7.2013, <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/privatisierung-wie-china-sich-in-griechenland-einkauft-a-907973.html>.

³² Engel & Völkers: *GOLDENE VISA – Aufenthaltserlaubnis für Nicht-EU-Investoren*, <http://www.engelvoelkers.com/de/blog/2013/goldene-visa-aufenthaltserlaubnis-fur-nicht-eu-investoren/>.

versorgern wie Vattenfall steigern sollen, die auch noch dazu beitragen, die Energiewende auszubremsen.

Obwohl in Athen fast doppelt so oft die Sonne scheint wie in Berlin, ist der Anteil an Solarenergie in Griechenland deutlich geringer als in Deutschland. Mit über 50% dominieren schmutzige und ineffiziente Braunkohle- und Ölkraftwerke den griechischen Strommix. Alle Braunkohlekraftwerke befinden sich im Besitz des staatlichen Stromversorgungsunternehmens PPC, das mit einem Marktanteil von über 90% ein faktisches Monopol auf Griechenlands Strommarkt besitzt.³³ Der Bedarf und die Chance für einen Umbau des griechischen Energiesektors sind offensichtlich.

Doch Konzepte der Rekommunalisierungsbewegung wie „Energiewende in Bürgerhand“, Genossenschaftsmodelle oder Bürgeranleihen finden sich vergeblich im Vokabular der Troika. Es zählt allein das Gebot des Höchstbietenden. Können die geplanten Privatisierungen trotzdem eine Chance für einen nötigen Strukturwandel am Energiemarkt sein? Große Skepsis ist angebracht. Für jeden privaten neuen Eigentümer eines Kohlekraftwerks oder eines Stromnetzes wäre der Anreiz groß, die alten Dreckschleudern so lange wie möglich zu betreiben und bei den Stromnetzen nur die nötigsten Investitionen zu tätigen, sodass die Renditeerwartungen erfüllt werden. Damit wird jedoch der Ausbau von Sonnen- und Windenergie blockiert.

Der Effekt von Privatisierungen auf die Energiepreise ist kaum vorherzusehen. Werden die Versorger en bloc verkauft, dann bleibt es bei monopolistischen Strukturen auf dem Energiemarkt, der die Preise von Strom, Heizöl und Gas weiter erhöhen könnte. Für viele Menschen an der Armutsschwelle würde das bedeuten, dass sie noch häufiger frieren müssen. Bereits in diesem Winter heizten viele GriechInnen gar nicht oder wichen auf Holzheizungen aus, was zu Smog und Gesundheitsbelastungen führte.³⁴

Auch eine öffentliche Regulierung der Energieerzeugung wird deutlich erschwert, wenn Netze und Erzeugungsanlagen in privater Hand sind. Wie hartnäckig private EigentümerInnen gegen den Strukturwandel auf dem Energiemarkt vorgehen, kann man in Deutschland gut beobachten. Noch immer klagen die vier großen Energiekonzerne auf Schadenersatz aufgrund entgangener Gewinne durch den Atomausstieg, es geht um bis zu 15 Milliarden Euro. Der schwedische Konzern Vattenfall nutzt sogar die Möglichkeit, den deutschen Staat auf der

³³ Pavlos S. Katsivelis: *Energy in Greece Basic information and figures*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel, http://rosalux-europa.info/userfiles/file/ATH13_Katsivelis_Energy_in_Greece.pdf.

³⁴ Heizölpreise in Europa – Griechen können hohe Ölpreise nicht mehr finanzieren, <http://www.energycomment.de/heizolpreise-in-europa-griechen-konnen-hohe-olpreise-nicht-mehr-finanzieren>.

Grundlage einer Investitionsschutzklausel vor einem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation in Washington D.C. zu verklagen.³⁵

Chancen nutzen, Krisen zusammen denken

Bereits kurz nach Ausbruch der Eurokrise wurde aus der kritischen Linken heraus die Diagnose der „multiplen Krisen“ gestellt und gefordert, die Finanzmarkt-, Klima- und Gerechtigkeitskrisen zusammen zu denken und zusammen zu lösen.³⁶ Ansätze dazu gibt es durchaus. So setzt Brüssel mit der „Wachstumsstrategie Europa 2020“ den Schwerpunkt auf eine „Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“ und ein „ressourceneffizientes Europa“. Zudem soll unter gleichem Label die Armut in Europa bekämpft und ein Plus an Arbeitsplätzen geschaffen werden.³⁷ Auch wenn viele Ziele aus einer ambitionierten sozial-ökologischen Perspektive höher gesteckt sein könnten: Auf europäischer Ebene hat man sich damit wirtschaftspolitische Ziele auf die Fahne geschrieben, die in die Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft weisen.

Doch nicht nur das Beispiel der Privatisierung der Energiewirtschaft in Griechenland zeigt, dass die Troika gar nicht erst versucht, mit den Krisenstaaten eine Strategie zu entwickeln, die die verschiedenen Krisen gleichzeitig angeht. Wer einen Blick in die Anpassungsprogramme und Fortschrittsberichte der Troika wirft, findet dort keinen Hinweis auf eine langfristige wirtschaftspolitische Strategie wie Europa 2020, obwohl beide Prozesse maßgeblich von der EU-Kommission vorangetrieben werden. Die Begriffe Klima und Umwelt kommen im jüngsten Fortschrittsbericht der Kommission zum Anpassungsprogramm in Griechenland ausschließlich als Stilmittel vor, etwa wenn es um „business environment“ oder „economic climate“ geht.³⁸ Eine Strategie, die wirtschaftlichen Anpassungsprogramme in Krisenländern zu nutzen, um sie in ein Programm zum sozial-ökologischen Umbau einzubinden, ist nicht erkennbar. Dies von den verantwortlichen Akteuren in den nationalen Regierungen und auf europäischer Ebene weiterhin konsequent einzufordern, bleibt eine wichtige Aufgabe der kritischen Linken.

³⁵ Der verklagte Atomausstieg, *Der Freitag* vom 26.11.2013, <http://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/der-verklagte-atomausstieg>.

³⁶ Ulrich Brand: *Die Multiple Krise*, Heinrich-Böll-Stiftung 2009, <http://www.boell.de/de/content/die-multiple-krise>; In der Krise, Schwerpunkt der Zeitschrift *Luxemburg* 1/2009, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/LUXEMBURG/LUXEMBURG_1_2009.pdf.

³⁷ Europäische Kommission: *Europa 2020*, http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm.

³⁸ Europäische Kommission: *EUROPEAN ECONOMY The Second Economic Adjustment Programme for Greece, Fourth Review – April 2014*, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2014/pdf/ocp192_en.pdf.

DAS UNZUREICHENDE VERSTÄNDNIS DER EUROKRISE IN DEUTSCHLAND

Die im Zusammenhang mit der Eurokrise aufgekommenen Probleme werden in unserem Land weder anerkannt noch verstanden. Die enormen Gefahren einer möglichen Deflation werden, ebenso wie die tiefgreifenden sozialen Probleme, der Öffentlichkeit nicht in ausreichendem Maße dargestellt und verständlich gemacht. Dass mit der geforderten Privatisierung nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen blockiert werden, wird nicht problematisiert. Dafür lassen sich vor allem zwei Gründe finden. Erstens: Deutschland profitiert von der Eurokrise. Zweitens: Der deutsche Wirtschaftsjournalismus ist überwiegend rückwärtsgerichtet und scheut sich, kritisch und investigativ die ökonomischen Folgen der wesentlich von Deutschland vorangetriebenen europäischen Wirtschaftspolitik zu bewerten und Alternativen entwickeln zu helfen.

Kritischer Wirtschaftsjournalismus?

Unser mangelndes Wissen über die Situation in den Ländern der Eurokrise hängt nicht ausschließlich mit einem allgemeinen Desinteresse zusammen. Tatsache ist auch, dass die Auswirkungen der Sparpolitik in den deutschen Medien nur am Rande vorkommen. Bereits in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sie nicht mit kompetenten und fundierten Analysen auf sich aufmerksam gemacht. Stattdessen ist jahrelang das kritische Wissen über Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik ignoriert worden.

Nachrichtenagenturen und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten verkamen zunehmend zu Sprachrohren von Regierungen, Parteien und Verbänden. Eine Berichterstattung durch kritische, dem Mainstream widersprechende WirtschaftswissenschaftlerInnen musste man mit der Lupe suchen. Die Mängel in der Berichterstattung der deutschen Medien haben sich auch im Rahmen der Eurokrise fortgesetzt. So hat es lange gedauert, bis die Analysen der führenden WirtschaftswissenschaftlerInnen aus den deutschen Forschungsinstituten mit wissenschaftlichen Gegenmeinungen konfrontiert wurden. Ebenso hat sich die Quantität der Berichterstattung über die Eurokrise im öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vergleich zur Finanzkrise nur geringfügig verbessert, von den populistischen Schlagzeilen verschiedener Boulevardmedien nicht zu reden. Doch auch sogenannte seriöse Zeitungen haben noch während der Eurokrise vielfach ihren Fokus auf die Seite der Kapitalanleger gerichtet, statt sich um die Auswirkungen der Eurokrise auf die Menschen und Gesellschaften in den betroffenen Ländern zu kümmern.³⁹

³⁹ Vgl. Hans-Jürgen Artl/Wolfgang Storz: *Wirtschaftsjournalismus in der Krise – Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik. Studie der Otto-Brenner-Stiftung, Arbeitsheft 63, Frankfurt/Main, März 2010.*

Bezahlt Deutschland für die Krise?

Statt mit fundierter und kritischer Berichterstattung begegnet die deutsche Öffentlichkeit der Eurokrise seit Jahren primär mit Arroganz und oberflächlichen Analysen. Die Polemik, mit der einige Boulevardmedien in der Vergangenheit vor allem gegen Griechenland angeschrieben haben – so zum Beispiel mit der Schlagzeile „Ihr Griechen, ihr griecht nix von uns“ –, ist abstoßend und irreführend. Deutschland war und ist der größte Profiteur der Europäischen Währungsunion. Ein Austritt Deutschlands aus dem Euro wäre fatal und würde sehr wahrscheinlich zu einem Zusammenbruch der Europäischen Währungsunion führen. Der Ausbruch einer schweren Weltwirtschaftskrise wäre wahrscheinlich, und deren Folgen wären unkalkulierbar.⁴⁰ Die Krise des EWS 1993 und die internationale Finanzkrise bieten Ansatzpunkte für das Ausmaß der Folgen. Die Aufwertung der wieder eingeführten D-Mark gegenüber dem Euro würde zu hohen Verlusten bei Banken und Versicherungen führen, Institute müssten gerettet werden. Die Forderungen des Staates und der Bundesbank, die auf Euro lauten, würden deutlich an Wert verlieren, wodurch die Bundesbank ihre neue Tätigkeit mit einem riesigen Verlust beginnen würde. Alleine die Target-2-Forderungen in den Büchern der Bundesbank beliefen sich im April noch auf knapp 478 Mrd. Euro.⁴¹

Eine weitere Folge des Euroaustritts wären massive Auftragseinbrüche für die Exportindustrie. Der deutsche Exportüberschuss würde deutlich abnehmen, und Deutschland würde binnen eines Jahres in eine Rezession gleiten. Die Arbeitslosigkeit würde steigen, eventuelle niedrige Tarifabschlüsse zur Sicherung von Arbeitsplätzen würden wiederum zu Einkommensverlusten bei den privaten Haushalten führen. Die Rezession würde sich verschärfen und die deutsche Staatsverschuldung steigen. Auch eine vermehrte Auslagerung der Produktion der deutschen Exportunternehmen wäre wahrscheinlich. Die hier skizzierten Folgen eines Ausstiegs Deutschlands aus dem Euro zeigen, wie groß die wirtschaftlichen und auch politischen Risiken wären. Deutschland zahlt somit nicht für die Eurokrise, sondern profitiert vom Euro – gerade in der Krise.⁴²

Auch die öffentlichen Haushalte profitieren bei der Kreditaufnahme: So führten die günstigen Zinsen für Staatsanleihen zu Ersparnissen von über 40 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2014. Dadurch, dass die tatsächlichen Zinszahlungen deutlich unter den Planzahlen la-

⁴⁰ Vgl. *Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion. Szenarienrechnungen bis zum Jahr 2025*, Studie der Bertelsmann Stiftung 2013, S. 4-5.

⁴¹ Target2-Saldo der Deutschen Bundesbank am 30.04.2014, http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Aufgaben/Unbarer_Zahlungsverkehr/target2_saldo.html.

⁴² Vgl. *Gustav Horn: Deutschland ohne den Euro*, Cicero Online vom 2.5.2013, <http://www.cicero.de/kapital/gedankenexperiment-deutschland-ohne-den-euro/54320>.

gen, sank das Zinsniveau für die Neuemissionen des Bundes um beinahe ein Prozent. Ebenso wurden kurzfristig laufende Staatsanleihen deutlich reduziert, von 71% auf 51% in den Jahren 2009 bis 2012. Somit profitiert Deutschland auch langfristig von den niedrigen Zinsen und der Eurokrise, die diese niedrigen Zinsen ermöglicht.⁴³

Die Schwierigkeiten, mit denen Europa und die EU in Deutschland zu kämpfen haben, beziehen sich nicht ausschließlich auf die Eurokrise. So zeigt sich weiterhin eine große Skepsis gegenüber der europäischen Einigung. In einer aktuellen Umfrage wird die EU-Osterweiterung in Deutschland von 56% der Befragten abgelehnt. Eine erschreckend hohe Zahl, wenn man die europäische Einigung nicht nur als Zweckgemeinschaft, sondern als großes und lohnenswertes Projekt betrachtet. Deutschland hat vom Zusammenbruch des „Ostblocks“ profitiert. Hier ist Aufklärung dringend notwendig.⁴⁴

Der Mangel an ehrlicher Analyse betrifft die Politik, die Medien und Teile der Bevölkerung. Daher ist eine auf belastbaren Fakten beruhende Bestandsaufnahme der Krise umso wichtiger. Denn nur durch eine sachliche, unvoreingenommene Analyse ist es möglich, Wege aus der Eurokrise zu finden.

⁴³ Vgl. *Deutschland spart 40 Milliarden bei Schuldendienst*, Spiegel Online vom 18.8.2013, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-deutschland-spart-40-milliarden-fuer-den-schuldendienst-a-917115.html>. Vgl. ebenfalls Mark Schieritz: *Der heimliche Krisengewinner*, DIE ZEIT vom 18.4.2013.

⁴⁴ *Infratest-dimap, ARD-Deutschlandtrend Mai 2014*, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/mai/>.

DIE RECHTE PROFITIERT VON DER KRISENPOLITIK

Der Rechtsruck bei der Europawahl, das Aufflammen eines regelrechten nationalen Chauvinismus in einzelnen Mitgliedsländern, hat seinen Ursprung im Umgang mit der europäischen Finanzkrise. Die aus ihr erwachsene Konjunkturkrise führte letztlich zu jener politischen Krise, an deren vorläufigem Ende der Zulauf zu Rechtsextremen und Rechtspopulisten steht. Europas Rechte setzen gezielt auf diesen wachsenden Anti-Europäismus – sie befeuern die politische Vision, Staaten könnten sich durch Renationalisierung und neuen Nationalismus von den Folgen der Staatsschulden- und Eurokrise freikaufen.

Die Gefahr von Rechtsradikalen oder Rechtspopulisten geht nicht etwa von Wahlen aus. Vielmehr bemisst sich die Wirkung der Rechten an ihrem Einfluss auf die politischen Debatten in den EU-Ländern. Jüngstes Beispiel: der öffentliche Diskurs über die Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Oder jener zuvor um die Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Oder jener über angeblich faule fremde Nachbarn in den Schuldenstaaten am Mittelmeer.

EuropäerInnen dürfen rechte Rhetorik nicht salonfähig machen

Indem PolitikerInnen großer demokratischer Parteien das Vokabular der Rechten übernehmen und somit deren Rhetorik multiplizieren, verfestigt sich der Eindruck, dass auch deren Argumente irgendwie Streitbar oder gar stimmig sein müssen. Vor diesem Hintergrund schwoll in den nationalen Diskussionen in Deutschland, England und den Niederlanden die Empörung über die Massenzuwanderung an. Die Konjunktur solcher Debatten führt regelmäßig dazu, dass Parlamente ein wenig anti-europäischer zu werden drohen.

Es ist diese Anti-Europa-Homöopathie, die gestoppt werden muss. Doch leider fehlt in vielen EU-Nationalstaaten das energische parlamentarische und zivilgesellschaftliche Aufbegehren dagegen. Rechtspopulisten und Rechtsradikale legten bei den Nationalwahlen in Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, den Niederlanden, Schweden, Belgien, Italien und Finnland zu. In Deutschland kommt mit der AfD eine Partei auf 7%, die eine grenzwertige Rhetorik zwischen aggressiver Bürgerlichkeit und scharfem Populismus aus dem Effeff beherrscht und sich beleidigt empört, sobald dieses Wesensmerkmal entlarvt wird. Doch sogar Regierungshandeln gießen Öl ins Feuer. Auf den letzten Metern des Europawahlkampfes ließ sich Bundeskanzlerin Angela Merkel im autorisierten Interview im O-Ton zitieren: „Wir

wollen Hartz IV nicht für EU-Bürger zahlen, die sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten. Die EU ist keine Sozialunion.“⁴⁵

Mag sein, dass Merkel mit dieser Art Populismus versucht, dem rechten Rand der Gesellschaft ein paar bürgerlich angehauchte Stimmen abspenstig zu machen. In der Wirkung jedoch öffnet sie einer Rhetorik Tür und Tor, die auf Ausgrenzung zielt und zugleich das hart verhandelte Grundrecht auf freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsorts in Frage stellt. So, als habe sich die Regierungschefin den Vorsitzenden der Schwesterpartei CSU, Horst Seehofer, zum Vorbild genommen, der inmitten der Diskussion über die sogenannte Armutzuwanderung mit den Worten vorpreschte: „Wer betrügt, der fliegt.“⁴⁶ Beide also zeigen den immer gleichen, falschen Reflex: Noch jedes Mal, wenn über die Wahlchancen von Rechtspopulisten diskutiert wird, die ausländerfeindliche Ressentiments schüren, greifen auch etablierte ParteipolitikerInnen zu populistischem Vokabular.

Mit Blick auf Europa ist das doppelt gefährlich. Während rechte Parteien in früheren Jahren räumlich und zeitlich versetzt bedeutsam oder bedeutungslos waren, agieren sie heute in fast allen EU-Staaten zeitgleich. Wenn dann RegierungspolitikerInnen eine rechte Wortwahl übernehmen, leisten sie einer Polemik Vorschub, die letztlich ganz Europa spaltet. Denn diese Rhetorik zielt auf Befindlichkeiten, vor allem auf das Gefühl der eigenen Benachteiligung im Verteilungskampf. Es ist an uns allen, aber vor allem am politischen Führungspersonal, schon aus ökonomischer Rationalität zu verhindern, dass ein wachsendes Heer von gefühlten Modernisierungsverlierern entsteht.

DemokratInnen müssen Politik machen

Die Herausforderung an das neue Parlament lautet: Konsequent sein, wenn Rechtsextreme das Hohe Haus als Bühne für ihre antisemitischen, antieuropäischen oder antiislamischen Anwürfe nutzen. Denn die Politik wird von DemokratInnen gemacht. Noch sind fünf Sechstel der ParlamentarierInnen keine EU-SkeptikerInnen. Erst recht sind sie keine Anti-EuropäerInnen. Es hilft nicht, den denkwürdigen Ausgang dieser Wahl zu skandalisieren, die Gefahr von Rechts zu überhöhen. Die gewählten Abgeordneten und diejenigen, die sie gewählt haben, sollten in ganz Europa den Rechtsaußen nicht dadurch in die Arme spielen, dass sie deren tumben chauvinistischen Stuss zu einer mythischen Bedrohung aufwerten.

⁴⁵ Angela Merkel zur PNP: „Die EU ist keine Sozialunion“, Passauer Neue Presse vom 22.5.2014, http://www.pnp.de/nachrichten/bayern/1308924_Angela-Merkel-zur-PNP-Die-EU-ist-keine-Sozialunion.html.

⁴⁶ Sozialbetrüger müssen draußen bleiben!, Bild.de, <http://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/horst-seehofer/interview-mit-csu-chef-mindestlohn-zuwanderung-maut-34039600,view=conversionToLogin.bild.html>.

Was tun die wirklich gefährlichen Radikalen? Sie werben damit, nationale Identität zurückgeben und den Nationalstaat schützen zu wollen. Als gäbe nationale Identität mehr Schutz. Als könnte nationale Identität die Globalisierung ersetzen. Wir haben es mit einer neuen Internationale der Nationalisten zu tun. Um deren Großangriff auf die europäische Solidarität zu stoppen, müssen wir alle die Sorgen der BürgerInnen Europas ernst nehmen, statt sie schweigend auszusitzen. Ausgerechnet im Krisenmanagement der Euro- und Schuldenkrise ist der Eindruck entstanden, einzelne Staaten erzielen Gewinne auf Kosten anderer. Dieser manifestierte und von den Rechtsradikalen ausgebeutete Eindruck muss dringend und schnellstens glaubhaft widerlegt werden. Denn Gewinn auf Kosten seiner Partner – noch dazu inmitten einer Budgetkrise – ist das genaue Gegenteil von Solidarität. Der Berliner Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Hajo Funke bewertet dies zu Recht so: „Die Bundesregierung hat Deutschland mit ihrem Krisenmanagement ökonomische Vorteile zu Lasten der anderen verschafft. Deren Enttäuschung, Wut und Ohnmacht bringt sie erst jetzt dazu, etwas gegenzusteuern gegen die Nord-Süd-Spaltung in Europa.“

Die Krise hat Europas Einigungsprozess gestört: Sie offenbarte, dass sich die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Nationen nicht – und wenn, dann nur sehr peripher – an den verabredeten gemeinsamen Regeln orientierte. Und die Gründe, aus denen die Staaten vor allem der Mittelmeerländer diese Verabredungen missachteten, wurden auch noch klischeesicher kulturpolitisch verbrämt. Das war nicht solidarisch, das war unanständig und uneuropäisch. So ist es kein Wunder, dass die Menschen in den Krisenländern Symptome von Erschöpfung zeigen: Zu verstörend ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit, zu unnachgiebig die Austeritätspolitik und deren Folgen für die Gesellschaften. Die Bereitschaft zu tatsächlichen Reformen sinkt geradezu zwangsläufig – und ebenso das Vertrauen in die Politik und das Regierungshandeln.

Wer sind die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten?

Frankreich, Front National: Der rechtspopulistische Front National ist mit 24,95% aller Stimmen stärkste Partei und mit 24 Sitzen im neuen EU-Parlament vertreten. Parteichefin Marine Le Pen hat den FN offiziell von rechtsradikalem Gedankengut distanziert. Statt auf offene Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus setzt sie nun auf die Rente mit 60 und Sicherheit. Vor der Wahl versicherten Le Pen und Geert Wilders einander parlamentarische Zusammenarbeit.

Großbritannien, United Kingdom Independence Party: Parteichef Nigel Farage will England aus der EU lösen und die Zuwanderung begrenzen, indem Einwanderer fünf Jahre lang keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben und ihre Kinder Schulen nicht frei wählen dürfen. Die Partei ist stärkste Kraft: 27,49% (24 Sitze).

Deutschland, AfD: Die Partei um Bernd Lucke schafft aus dem Stand ein Ergebnis von 7% und 7 Sitzen. Öffentlich weist Lucke jede Nähe zu rechten und fremdenfeindlichen Parteien zurück; intern aber fordern viele Liberale und Bürgerliche eine größere Distanz zum Rechtspopulismus.

Italien, Lega Nord: Sie tritt regional-national auf und wirbt für Autonomie. Parteichef Roberto Maroni kommt auf 6,15% (5 Sitze).

Niederlande, Partei für die Freiheit: Die Anti-Europa-Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders schickt vier Abgeordnete ins Europaparlament. Die Partei verlor zwar 3,5 Prozentpunkte gegenüber 2009, wurde aber mit 13,2% drittstärkste Kraft. Geert Wilders ist ein aggressiver Anti-Europäer, verurteilt die Freizügigkeit und speziell den Zuzug von ArbeiterInnen aus Osteuropa und plädiert für den EU-Austritt der Niederlande.

Freiheitliche Partei Österreichs: Parteichef Heinz-Christian Strache kämpft „für den kleinen Mann“ und wirbt auch mit fremdenfeindlichen Parolen um ProtestwählerInnen. Damit holte er 19,5% (4 Sitze).

Dänemark, Volkspartei: Sie holt Stimmen über eine rigide Ausländerpolitik und hat Zulauf wegen einer klaren Ablehnung von MuslimInnen. 26,6% (4 Sitze), stärkste Partei in Dänemark.

Polen, Kongress der Neuen Rechten: Die Rechtspopulisten kommen aus dem Stand auf 7% (4 Sitze).

Griechenland, Goldene Morgenröte: Die rechtsradikale und rassistische Partei ist mit 9,39% und 3 Sitzen drittstärkste Kraft im Land. Sie ist offen rechtsextremistisch und macht das Parteien-Establishment für die Krise Griechenlands verantwortlich. Alle Nicht-EU-AusländerInnen sollen ausgewiesen werden, Athen soll die Eurozone verlassen.

Wahre Finnen: Sie stehen wegen rassistischer und sexistischer Äußerungen im Fokus und lehnen Hilfszahlungen an überschuldete EU-Länder ab. Drittstärkste Kraft im finnischen Parlament, in Europa nun mit 12,9% (2 Sitzen) vertreten.

Litauen, Partei für Ordnung und Gerechtigkeit: Ex-Präsident Rolandas Paksas sitzt für die Partei im EU-Parlament, darf in Litauen wegen Amtsmissbrauchs aber kein Amt mehr bekleiden. Die Partei wurde vierthöchste Kraft: 14,27% (2 Sitze).

Schweden-Partei: Die Rechtspopulisten kommen auf 9,7% und 2 Sitze.

Lettland, Nationale Allianz: Sie gehört seit 2011 der Regierung an. Bei der Europawahl verdoppelte sie ihren Stimmenanteil auf 14% und erreichte einen Sitz.

Belgien, Vlaams Belang: Die Rechtsextremen, die für die Unabhängigkeit Flanderns eintreten, kommen auf 4,16% und einen Sitz im neuen EU-Parlament.

Deutschland, NPD: Ausländerhass und Antisemitismus sind in der Partei laut Bundesamt für Verfassungsschutz tief verwurzelt. Sie kommt auf 1% (1 Sitz).

Die Angst-Fixierung der Rechten

Die radikalen Kräfte indes haben es auf ein Potenzial abgesehen, das sie aus eben dieser Verunsicherung, Angst vor Armut und Arbeitslosigkeit generieren und schüren wollen. „Diese Angst-Fixierung ist argumentativ nicht in den Griff zu bekommen“, betont auch Andrea Despot.⁴⁷ Neu am Umgang mit dieser Krise sei, dass auch Menschen anfällig für Ressentiments seien, die eine antizipierte, auf die Zukunft gerichtete Sorge spürten, ohne selbst die realen Auswirkungen der Finanzkrise zu erleben. Die Rechten laden Ressentiments der BürgerInnen auf zu Rassismus, Islamphobie, Homophobie und Aggressionen gegen Flüchtlinge. Die weitläufige Euroskepsis nutzen sie zur Agitation gegen die Kredithilfen für Südeuropa, obgleich diese an strenge Auflagen gebunden sind. Auch dadurch konterkarieren sie die Lektion aus den beiden Kriegen in Europa: den Nationalismus zu überwinden.

Beschleunigt durch die Dimension der Eurokrise haben die Menschen in Europa eine Sehnsucht nach Stabilität und persönlichem Wohlstand. Alle EuropäerInnen haben diese Sehnsucht. Auch sie gehört zum Fundament dieses Europas. Die Krise hat die Perspektiven verändert. Die unterschiedlichen Lasten, die jedes Land in der Krise zu tragen hat, sind schwer vergleichbar oder zueinander in Relation zu setzen. Das befeuert den Eindruck, dass es eine neue Hierarchie in Europa gibt. Die unsichere Gegenwart verdrängt die große Idee einer gemeinsamen Zukunft. Rechtsradikale und Rechtspopulisten dürfen daraus kein politisches Kapital schlagen! Gegen sie hilft nur die Solidarisierung der Gesellschaft. Europa ist mehr als eine Verwaltungseinheit. Wer die Krise überwinden und Europa und seine BürgerInnen vor einem entfesselten Kapitalismus schützen will, muss zusammen – europäisch – arbeiten. Für einen sozialen europäischen Arbeitsmarkt! Europa braucht mehr gemeinsame Politik, nicht weniger Politik.

⁴⁷ Dr. Andrea Despot, stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin, im Mai 2014.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die europäische Einigung als Projekt und die Eurozone als Währungsunion sind nach wie vor gefährdet. Die relative Ruhe an den Finanzmärkten und die jüngste erfolgreiche Ausgabe von Staatsanleihen Griechenlands dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Europa nach wie vor in einer existenziellen Krise steckt. Eine erneute Verschärfung ist jederzeit möglich, und die vielen Schwachstellen im Institutionengefüge der EU sind nicht beseitigt. Eine grundlegende Aufarbeitung der Krisenursachen ist kaum zustande gekommen, aber notwendig.

Die gesellschaftliche Linke hat es nicht geschafft, die Hoheit über den Diskurs nach der Finanzkrise zu erlangen. 2011 konnte Frank Schirrmacher in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung darüber rasonieren, ob die Linke nicht doch Recht hatte. Heute muss sich diese Linke fragen, wie es passieren konnte, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ihr nicht Recht gibt. Recht haben und Recht geben scheint die größte Ernüchterung für uns seit dem Beginn der Krise zu sein.

Europa ist bedroht, weil die Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise verwandelt wurde, die viele Menschen vor allem im Süden arbeitslos gemacht hat. Viele weitere müssen mit geringeren Einkommen, Renten, Pensionen und anderen Unterstützungen leben. Nicht die Gläubiger, sondern gerade die Schwachen und Schwächsten einer Gesellschaft trifft die Wirtschaftskrise als Erste. In Deutschland leben die meisten Menschen schon seit Jahren mit einer Reallohnentwicklung, die es zunehmend schwierig macht, Miete, Nebenkosten und Lebensunterhalt zu finanzieren. Europa ist aber auch bedroht, weil sich große Teile der europäischen Bevölkerung abgewendet haben. Der Erfolg von rechtspopulistischen und rechtskonservativen Parteien quer durch ganz Europa zeigt die tief sitzende Skepsis. Die europäischen Institutionen werden stellvertretend für das Projekt Europa für die Lage der Menschen verantwortlich gemacht. Mit dem Plädoyer für eine Lösung der Krise auf europäischer Ebene stoßen wir weitgehend auf taube Ohren. Es breitet sich die Haltung aus, dass die einzelnen Staaten und deren Bevölkerungen ohne die anderen Mitgliedstaaten und die EU besser dran wären. Diese Abwendung von der europäischen Gemeinsamkeit ist gefährlich.

Europa muss als Teil der Lösung begriffen werden und nicht als Teil des Problems. Dies kann aber nur gelingen, wenn wir die konkreten Lebensumstände der Menschen verbessern und uns nicht in abstrakten oder technischen Diskussionen verlieren. Und zum Schluss kommt es für die meisten Menschen nicht auf die Diskussion, sondern auf das Ergebnis an.

Die Basis für ein anderes Verständnis für die Eurokrise kann nur die Durchbrechung des Spardiktates sein. Erst wenn klar wird, dass Staaten weder Unternehmen noch private Haushalte sind, sondern anderen Mechanismen unterliegen, ist auch der Weg zu solidarischen

Lösungen der Krise geebnet. Volkswirtschaften in der Eurozone sind vielfältig verflochten. Jedem Schuldner steht ein Privatvermögen gegenüber, jedem Export ein Import – volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen sind Kreisläufe. Gerade in den zurückliegenden Krisenzeiten wurden aber vor allem einseitige Beziehungen betrachtet. Aus diesem Verständnis resultiert das Vorurteil, Deutschland müsse für südeuropäische Krisenländer bezahlen.

Entscheidend sind die Rechte des Europäischen Parlaments. Keinesfalls dürfen die gesamteuropäischen Kompetenzen in die Hände der Exekutiven der Mitgliedstaaten fallen. Wir brauchen ein Parlament, das echte Kompetenzen besitzt, und Abgeordnete, die etwas bewegen können und die deshalb ihrer Wählerschaft für ihr politisches Handeln Rechenschaft schulden. Diese Kompetenzübertragungen dürfen nicht an nationalen Egoismen und an der Angst vor dem Bedeutungsverlust des eigenen nationalen Parlamentes scheitern.

Damit einher geht der Mut zu einer besseren Finanzausstattung der europäischen Ebene. Solange die EU über keine Möglichkeiten verfügt, eigene Einnahmen zu erzielen und sich zu verschulden, wird sie keine Akzente setzen können. Der Finanzumfang muss generell größer werden, damit wichtige Programme auskömmlich finanziert werden können und mehr sind als bloße Symbolpolitik. Außerdem wird die europäische Ebene so unabhängiger von den Nationalstaaten.

Außerdem gilt es den Nationalismus aufzubrechen, der die verschiedenen Staaten und Volkswirtschaften getrennt voneinander betrachtet. In allen Ländern gibt es eine Schere zwischen Arm und Reich, zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, zwischen Kapital und Arbeit. Zum einen muss unser politisches Engagement den ArbeitnehmerInnen in allen Ländern gelten, die von ihrer Arbeit leben. Dazu sind europaweite Sozialstandards wie ein Mindestlohn und Mindeststeuern wichtig. In den vergangenen Jahren ist viel zu oft soziale Absicherung gegen Wettbewerbsfähigkeit ausgespielt worden. Zum anderen zeigt sich am Lohnniveau in Deutschland, wie sich sozialpolitische Entscheidungen auf die Europäische Ebene insgesamt auswirken können. Beidem können wir nur begegnen, wenn wir den Mut zu europäischen Lösungen und zur Abgabe von Kompetenzen in den Nationalstaaten haben.

Alle Denkanstöße stehen online kostenlos als Download zur Verfügung. Das Institut Solidarische Moderne freut sich aber über Ihre Spende zur Unterstützung der Denkanstöße und der Arbeit der Programmwerkstatt.

www.solidarische-moderne.de